



DIE LINKE.

Kreisverband Salzgitter

Rundbrief an Mitglieder und interessierte Bürger/innen

Februar - März 2018

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

die Tarifeinwanderung in der Metall- und Elektroindustrie erreicht eine neue Qualität!

Es wurde langsam zu einem Ritual. Mit Beginn der Tarifverhandlungen stellten beide Seiten ihre Forderungen auf, es gab Verhandlungsrunden, begleitet von einigen Warnstreiks und nach der dritten Runde traf man sich „nach langen und zähen Verhandlungen in den Morgenstunden bei einem Ergebnis mit dem beide Seiten leben konnten“. Ungefähr in der Mitte traf man sich.

In diesem Jahr ist alles ganz anders.

Erstmals seit 28 Jahren bringt die IG Metall die Frage der Arbeitszeitverkürzung offensiv und sehr ernsthaft ins Spiel. Es geht nicht nur um Geld, es geht um Zeit, um „Zeitsouveränität“, um die Frage: Wem gehört die Zeit? Die Gewerkschaft fordert ein verbrieftes Recht, Arbeitszeit zu verkürzen, ohne dauerhaft in eine „Teilzeitfalle“ zu geraten. Die Gewerkschaften drehen eine Diskussion um Sozialstaat und Arbeitsmarkt, die jahrzehntelang neoliberal dominiert war. Das ist richtig stark!

Als Kreisverband haben wir gemeinsam mit Victor und Jutta frühzeitig mit unseren Solierklärungen Flagge gezeigt und waren auch am 26. Januar unter den 6 000 Demonstranten auf der MAN-Kreuzung (Die Presse brachte zumindest ein Foto). Da die Arbeitgeber erwartungsgemäß auf stur schalten, zeichnen sich weitere Arbeitskämpfe ab – 24 – Stunden – power – Streiks. **Wir werden weiterhin an der Seite der IG Metall stehen.**

Denn: Lohnzuwachs ist wichtig, aber nicht alles. Bei den Gewinnen, die die Unternehmen machen, könnten sie auch die geforderten 6 % locker bezahlen. Es geht aber um mehr, um viel mehr.

Seit der unseligen Kanzlerschaft von Schröder ist der Arbeitsmarkt zerklüftet. Arbeitszeiten und Arbeitsdruck werden, aller gestiegenen Produktivität zum Trotz, immer länger und immer größer. Abgesicherte unbefristete Arbeitsverhältnisse werden immer seltener. 23 % der Beschäftigten arbeiten, oft ungewollt, in Minijobs. Nur noch 51 % im Westen und 37 % im Osten arbeiten tarifgebunden. 2015 und 2016 wurden 2 Milliarden Überstunden geleistet, die meisten davon unbezahlt.

Resultat dieser marktradikalen Politik: 2017 erzielte Deutschland nach Berechnungen des Ifo-Instituts einen Exportüberschuss von 235 Mrd Euro. Weltmeister! Auf Kosten der Knochen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das führte – und das ist kaum zu fassen – zu folgendem Satz in der Abschlusserklärung des EU-Finanzministertreffens: „Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen sollten die Voraussetzungen schaffen, um das Lohnwachstum unter Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner zu fördern“.

Natürlich schlägt sich das auf den Konten der Superreichen nieder, während 40 % der beschäftigten heute weniger Einkommen haben, als vor 15 Jahren.

Es ist und bleibt eine Wahrheit: Dieser Reichtum ist das Ergebnis einer verstärkten Ausbeutung der Arbeitskraft der Beschäftigten.

Die IG Metall geht noch einen Schritt weiter und sagt: „Arbeitszeiten müssen zum Leben passen und nicht umgekehrt“. Damit trifft sie eine ganz wunde Stelle der Arbeitgeber.

In genau diese Kerbe schlägt Bernd Riexinger. Er schlägt eine Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis vor. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir als LINKE die Verkürzung der Arbeitszeit wieder auf die Tagesordnung setzen. Wir schlagen eine kurze Vollzeit vor, die um die 30-Stunden-Woche kreist – mit selbst bestimmbar Arbeitszeiten zwischen 28 und 35 Stunden.

Das ermöglicht auch eine gerechtere Verteilung von Erwerbsarbeit. Nur wenn wir prekäre Arbeit und Niedriglöhne abschaffen und soziale Absicherung für alle erkämpfen, werden der ständigen Erpressung der Kernbelegschaften, dem Druck auf Löhne, Tarifverträge und die Rente wirklich dauerhaft Grenzen gesetzt.

Die Art und Weise, wie wir arbeiten, muss sich grundsätzlich ändern.

Statt Niedriglöhnen und Dauerstress brauchen wir ein Neues Normalarbeitsverhältnis.

Diese Initiative könnte/sollte in unserem Kreisverband der Ansatzpunkt sein, der AG Betrieb und Gewerkschaft neues Leben einzuhauchen. Wir werden auf alle Fälle darüber diskutieren, im Vorfeld einer geplanten zentralen Konferenz zu diesem Thema in Salzgitter oder auch der Region eine Beratung mit Gewerkschaftern zu organisieren. Bernd hat geäußert, für derartige Veranstaltungen gern zur Verfügung zu stehen.



Volksinitiative für eine Bundesratsinitiative zur Vermögenssteuer

Auf seiner Januarsitzung diskutierte der Bundestag auf Antrag der Linksfraktion über Steuergerechtigkeit. Dazu teilte unser Abgeordneter Victor Perli folgendes mit: „Unsere Fraktion hat die Wiedereinführung der Vermögenssteuer beantragt. Diese war 1952 eingeführt worden und 1997 wieder abgeschafft. Die LINKE möchte mit dieser Steuer der Ungleichheit des Reichtums den Kampf ansagen und mehr Einnahmen für die öffentliche Hand generieren. Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet zusätzliche Investitionen für öffentliche Aufgaben, Wohnungsbau, Schulen, Nahverkehr und andere Felder des öffentlichen Daseins.“

Um diese Zukunftsinvestitionen zu stemmen, müssen die reichsten Bevölkerungsgruppen mehr zum Gemeinwohl beitragen. Das Modell der LINKEN ist: **Millionenschwere Vermögen mit 5 % besteuern**. Dabei bleibt die erste Million steuerfrei, ebenso Betriebsvermögen bis zu einem Grenzwert von 5 Mio Euro. Auf diese Weise gäbe es jährliche Einnahmen in Höhe von 80 Mrd Euro ohne klein- und mittelständige Unternehmen sowie Eigenheimbesitzer zu gefährden“.

Unser Landesvorstand hat beschlossen eine **Kampagne zur Vermögenssteuer** durchzuführen in deren Ergebnis die Landesregierung zu einer entsprechenden Bundesratsinitiative aufgefordert wird.

Wir werden uns als Kreisverband daran beteiligen und im Vorstand darüber beraten, wie wir das organisieren wollen. Bestandteil unserer Kampagne sollten auf alle Fälle Haustürgespräche sein, mit denen wir für unser Anliegen werben wollen.

Es war 1997 ein Glanzstück neoliberaler Lobbyarbeit, das zu Kippen der Vermögenssteuer führte. Bis dahin hatte nicht mal die FDP etwas Grundsätzliches dagegen. Jetzt soll das nicht mehr möglich sein. Das Jammern im Land ist groß über die zunehmende Ungerechtigkeit – aber etwas Substantielles passiert nicht.

Und vor allem, liebe Genossinnen und Genossen, **es geht um mehr als nur um Kohle !!! Es geht um unser Grundgesetz.**

Artikel 14 (Eigentum – Erbrecht – Enteignung) legt in Absatz (2) fest:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Nach diesem Verfassungsgrundsatz sind alle Multimillionäre gefährdet, gegen das Grundgesetz zu verstoßen. Denn diese Leute „gebrauchen“ ihr Eigentum, ohne im Entfernen - testen damit dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen. Das geht nicht.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist demnach zuerst Präventionsarbeit.

Bericht aus dem Rat der Stadt

Am 20. Dezember wurde über den Haushalt 2018 der Stadt Salzgitter abgestimmt, damit auch über 60 Änderungsanträge, davon knapp 20 von der Fraktion der LINKEN.

Nach wie vor ist Salzgitter wie viele Kommunen unterfinanziert, hat aktuell 370 Mio Euro Schulden. Es gibt keine Übernahme der Altschulden vom Bund, ebenso keine eins zu eins Übernahme der Flüchtlingskosten vom Land.

Positiv im Entwurf zum Haushalt 2018 ist die Beibehaltung der Beitragsfreiheit bei Kita`s, der weitere Ausbau von Krippen und Kindergärten, der weitere Ausbau der Ganztages-schulen und die Fortsetzung des Schulsanierungsprogramms.

Das Motto der LINKEN im Rat lautete: **Unterstützung für Schulen und Kita`s in SZ !**

Von unseren Anträgen wurde beschlossen:

- Eine Prioritätenliste für die Sanierung der Sanitäreinrichtungen der Schulen, vorgesehen sind dafür 750 000 Euro.
- Die Bestuhlung für die Cafeteria der Hauptschule Fredenberg.
- Ein erhöhter Zuschuss für die AIDS Hilfe.
- Die Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes.
- Die Pflasterung eines Verbindungsweges in SZ-Bad.

Unser Antrag, die Krippengebühren um 10 Prozent zu senken, wurde mit 8 zu 34 (SPD und CDU) Stimmen abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurden:

- Die Verbesserung bei der Mensa der Gottfried-Linke-Realschule.
- Die Anhebung des Schulbudgets.
- Die Anhebung der Gewerbesteuer.
- Die Besetzung von freien Stellen beim Gebäudemanagement.
- Die Alternative zu Straßenausbaubeiträgen.

Zwei Anträge von SPD, Grünen und MBS stießen auf unseren besonderen Widerstand. Im Antrag zum Eigenbetrieb Gebäudemanagement wird gefordert, dass ein Konzept zur Reduzierung der Baukosten für Kindergärten vorgelegt werden soll und dass in der Region eine Abfrage nach Baustandards und Bauarten erfolgen soll.

Wir wollen keine Billigvarianten bei den Kindergärten, auch sie müssen energetisch und konzeptionell nach dem neuesten Stand errichtet werden. Abstimmung: 23-19-0. Das ist die Mehrheit für den Antragssteller.

Bericht aus dem Rat der Stadt

Im zweiten Antrag forderte das Bündnis, dass der Haushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein soll. Die Umsetzung bedeutet die Beschneidung der kommunalen Selbstständigkeit. Reduzieren sich die Gewerbesteuern, was immer möglich ist, muss es alternativ zur erhöhten Kreditaufnahme kommen. Auch hier setzte sich das Bündnis leider mit 23-17-2 durch.

Außer dem Haushalt gab es noch eine Reihe weiterer Abstimmungen. Zwei wichtige Anträge waren der Haushaltseckdatenbeschluss von SPD, MBS und Grünen und die Einführung des SZ-Mobil-Tickets für die KVG von SPD, LINKEN, Grünen und MBS.

Im Eckdatenbeschluss fordert das Bündnis einen Doppelhaushalt für 2019/20, ausgeglichene Einnahmen und Ausgaben der Haushalte, Vermeidung steigender Kassenkredite und Gutachten für den Schuldenabbau.

Mit solchen berauben sich Politiker der eigenen Handlungsfähigkeit und Salzgitter wird damit kaputtgespart. Es ist eine Festlegung gegen die Interessen der Mehrheit der Einwohner von Salzgitter.

Die positive Nachricht:

Der Rat beschloss, zum 1. 4. 2018 die Einführung des Sozialtickets für nun 25 Euro für Erwachsene und für Jugendliche bis 18 Jahre für 15 Euro auf den Strecken der KVG im Stadtgebiet. Nachdem LINKE und Grüne seit 10 Jahren das Sozialticket fordern, scheint dessen Einführung nun bevor zu stehen.

Einladung

Liebe Genossinnen und Genossen, der Kreisvorstand lädt Euch herzlich ein zur nächsten **Mitgliederversammlung am Dienstag, den 20. Februar, 17:00 Uhr im Gewerkschaftshaus, Sitzungszimmer, 1. Etage.**

Wir wollen diese MV, wie schon im letzten Jahr, als kommunalpolitische Konferenz gestalten. Das heißt, dass wir mit unseren Mandatsträgern aus dem Rat der Stadt und den Ortsräten darüber beraten, wie unser kommunalpolitisches Konzept weiter umgesetzt werden soll, welche politischen Schwerpunkte wir dabei für 2018 sehen.

Nach wie vor wird auch auf kommunaler Ebene zu wenig gegen die Armut getan, stagnieren Langzeitarbeitslosigkeit und Kinderarmut auf hohem Niveau.

Es ist ein Anachronismus, dass die Bundesagentur für Arbeit im Haushaltsjahr 2017 mit einem Rekordüberschuss von **5,95 Mrd Euro** abgeschlossen hat, es aber nicht möglich erscheint, einen Öffentlichen Beschäftigungssektor aufzubauen, der die Menschen wieder in Arbeit bringt. Dabei scheint das Hauptproblem zu sein (das zeigte sich in der Fraktionsklausur jedenfalls so in den Gesprächen mit den Dezernenten), dass es an Ideen fehlt, Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Vielleicht können wir ja dabei helfen.

Das ist aber nur ein möglicher Beratungspunkt.

Wichtig ist, und dazu soll diese MV beitragen, dass Kommunalpolitik Sache des gesamten Kreisverbandes wird und nicht nur die unserer Mandatsträger.

Infos aus dem Kreisvorstand.

Am 11. Januar fand die erste Vorstandssitzung 2018 statt.

Beschlossen wurden:

- Der Arbeitsplan des Kreisverbandes für das 1. Halbjahr 2018
- Der Finanzplan für 2018

Beide Dokumente können im Büro eingesehen werden.

Darüber hinaus haben wir uns zu den Mitgliederversammlungen Januar und Februar verständigt.

Am 8. März wollen wir aus Anlass des Internationalen Frauenkampftages einen Info-Stand in den Blumentriften durchführen und rote Nelken an Frauen im Klinikum, in Pflegeeinrichtungen und Supermärkten verteilen.

Im März findet die Vorstandssitzung am 19. statt, also zwei Tage vor dem Internationalen Tag gegen Rassismus. Aus gegebenem Anlass wollen wir Vertreter der Alevitischen Gemeinde zur Sitzung einladen.

Abschließend wurde die Idee entwickelt, unser Büro zu renovieren und etwas gemütlicher einzurichten. Das ist bisher eine bloße Absichtserklärung und vielleicht gibt es ja aus der Mitgliedschaft einige Vorschläge.

Nächster KV:

Donnerstag, den 8. Februar, 17:00 Uhr

Auf der Tagesordnung u. a.:

- Diskussion zur aktuellen Situation in der Partei
- Stand und weitere Vorhaben bei solid

linksjugend
['solid] 



Das Gesetz des Schwächeren (von Bernie Sanders – gekürzt)

„So steht es im Jahr 2018 um den Planeten: nach all den Kriegen, Revolutionen und internationalen Gipfeln der vergangenen 100 Jahre leben wir in einer Welt, in der eine winzige Gruppe unglaublich reicher Personen unverhältnismäßig große Macht auf das ökonomische und politische Leben der globalen Gemeinschaft ausübt. Tatsache ist, dass die sechs reichsten Leute der Welt mittlerweile mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Das reichste eine Prozent verfügt zudem über mehr Geld als die restlichen 99%. Während die Milliardäre ihren Reichtum zur Schau tragen, kämpft fast einer von sieben Menschen mit knapp über einem Euro am Tag ums Überleben. Täglich sterben rund 29 000 Kinder an Durchfall, Malaria oder Lungenentzündung.

Gleichzeitig geben überall auf der Welt korrupte Eliten, Oligarchen und anachronistische Monarchien Milliarden für absurde Extravaganzen aus. Der Sultan von Brunei besitzt 500 Rolls-Royce und lebt in einem Palast mit 1788 Räumen. Während hunderte Millionen Menschen unter miserablen Bedingungen leben, werden die Waffenhändler dieser Welt immer reicher, weil Regierende Billionen für ihre Produkte ausgeben.

Amazon-Gründer Jeff Bezos, der derzeit reichste Mensch der Welt, verfügt über ein Nettovermögen von 80 Mrd Euro. Unterdessen schufteten in den Amazon-Lagerhallen seine Mitarbeiter für einen so niedrigen Lohn, dass sie auf das Gesundheitsfürsorgeprogramm oder Lebensmittelmarken angewiesen sind.

Aber das ist nicht alles. In einer Zeit massiver Wohlstands- und Einkommensungleichheit verlieren Menschen das Vertrauen in die Demokratie. Sie erkennen mehr und mehr, dass die globale Wirtschaft so strukturiert ist, dass sich die an der Spitze auf Kosten aller anderen belohnen. Das macht die Menschen wütend.

In vielen Ländern arbeiten Millionen Menschen mehr Stunden zu niedrigen Löhnen und Gehältern als vor 40 Jahren. Mit einem Gefühl der Hilflosigkeit beobachten sie Mächtige der Welt, die Wahlen kaufen, und eine Elite, die immer weiter Wohlstand anhäuft, selbst im Angesicht einer immer düsteren Zukunft ihrer eigenen Kinder.

Inmitten dieser ganzen ökonomischen Ungleichheit erlebt die Welt eine Zunahme von Autoritarismus und Rechtsextremismus, der sich von den Ressentiments der Abgehängten nährt, sie ausbeutet und weiter verstärkt sowie ethnisch und rassistisch motivierten Hass schürt.

Mehr denn je müssen diejenigen unter uns, die an Demokratie und fortschrittliches Regieren glauben, Menschen mit niedrigem Einkommen und Arbeitende auf der ganzen Welt hinter einer Agenda zusammenbringen, die deren Bedürfnisse spiegelt. Statt Hass und Spaltung müssen wir eine Botschaft der Solidarität und Hoffnung anbieten. Wir müssen eine internationale Bewegung bilden, die den Kampf gegen die Habgier und die Ideologie der Klasse der Milliardäre aufnimmt und ökonomischer, ökologischer und sozialer Gerechtigkeit in der Welt führt. Das wird ganz sicher kein einfacher Kampf. Aber es ist ein Kampf, den wir nicht vermeiden können. Es steht zu viel auf dem Spiel.“

Sozial. Gerecht. Für alle.
DIE LINKE.

Termine

08. 02.	17:00 Uhr	Kreisvorstand
20. 02.	17:00 Uhr	Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus
23. 02.	(?) Uhr	Eröffnung Regionalbüro V. Perli LINKEN-Büro BS
01. 03.	17:00 Uhr	Geschäftsführender Vorstand
08. 03.	ab 10:00 Uhr	Aktionen zum Internationalen Frauenkampftag
17. 03.	Hannover	Regionalforum der LINKEN zur weiteren Strategie
19. 03.	17:00 Uhr	Kreisvorstand
21. 03.		Internat. Tag gegen Rassismus Gewerkschaftshaus
27. 03.	17:00 Uhr	Mitgliederversammlung Parteibüro

Kontakte

Büro : **38226 Salzgitter- Lebenstedt, Berliner Str. 49**

Bürozeiten: Dienstag 16.00 bis 18.00 Uhr
Donnerstag 16.00 bis 18.00 Uhr

Telefon: 05341/790 56 50

Internet: www.die-linke-salzgitter.de

e-mail: dielinke-salzgitter@t-online.de

Vorsitzender: Rainer Nagel DIE LINKE, Kreisverband Salzgitter
Rainer.nagel.53@gmail.com
Tel.: 01578 454 88 96

Büro: **Fraktion DIE LINKE im Rathaus Zimmer 52**

Öffnungszeiten: Dienstag und Donnerstag von 16.00 bis 17.30 Uhr

Telefon: 05341/839 32 76

e-mail: dielinke@stadt.salzgitter.de

Herausgeber: DIE LINKE, Kreisverband Salzgitter V.i.S.d.P.